

## Offener Brief aus Buxtehude an Stoltenberg

## Probleme um Kernenergie ohne Knüppel und Tränengas lösen

Ulrich Uffrecht: Widerstand kann Pflicht sein

**Buxtehude.** Die Polizeimaßnahmen anlässlich der Demonstrationen von Kernkraftwerksgegnern in Brokdorf und die anschließende Stellungnahme des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Stoltenberg waren Rektor Uffrecht vom Buxtehuder Halepaghen-Gymnasium Anlaß zu einem

offenen Brief. Ulrich Uffrecht, der seinen Brief als Privatmann geschrieben hat, fordert darin Dr. Gerhard Stoltenberg auf, die Probleme ohne Knüppel, Wasserwerfer und Gasgranaten in spannungsloser Atmosphäre ohne Zeitdruck zu lösen. Das Tageblatt gibt den Brief im Folgenden auszugsweise wieder.

Ich schreibe Ihnen, weil ich Ihnen sagen möchte, daß die von Ihnen gedeckten Polizeimaßnahmen in Brokdorf und, fast mehr noch, Ihr anschließendes Auftreten im Fernsehen mich zutiefst erschreckt haben. Beides — die Polizeimaßnahmen und Ihre anschließende Stellungnahme — drängt mich entschieden in die Richtung der Kernkraftwerksgegner!

Sie haben, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vor dem Fernsehen wiederholt zur Rückkehr zu Recht und Gesetz gemahnt. So selbstverständlich diese Forderung ist, so ist sie aber doch nur so lange

ja unter Umständen sogar verwerflich. Wozu hätten wir in diesem Lande die jahrelangen Diskussionen um Gewissensnotstand und Befehlsnotstand geführt? Doch wohl nicht nur, um jedes Jahr am 20. Juli pathetische Reden ohne jeden Bezug zu unserer heutigen Wirklichkeit zu halten!

Sehen Sie denn nicht, daß der Polizeieinsatz in Brokdorf der kommunistischen Propaganda geradezu ein Bilderbuch-Beispiel liefert für ihre Behauptung, in der Bundesrepublik stehe die Staatsgewalt ausschließlich im Dienste der Konzerne und des Großkapitals, nicht aber des Volkes?

## Nur wenige „Extreme“

Viele meiner Freunde sind mehr oder weniger aktive Gegner der Kernkraftwerke. Sie gehören den unterschiedlichen Berufen an, und einige von ihnen sind als Diplomphysiker selbst an Kernforschungsanlagen tätig. Aber sie alle sind ebenso wenig Kommunisten oder Anarchisten oder Terroristen, wie es Ihr Parteifreund Dr. Uhl ist, der ja auch an der Demonstration in Brokdorf teilgenommen hat. Überhaupt ist der Anteil sogenannter „Extremer“ unter den Kernkraftwerks-Gegnern sehr gering. Sehen Sie nicht, daß erst Ihre (und der BILD-Zeitung) ständige Herausstellung dieser Minderheit und der damit „gerechtfertigte“ blindwütige Polizeieinsatz den ernsthaften Kritikern der Kernenergie die Frage aufdrängt, ob dieser Staat mit seinen gegenwärtigen Machtstrukturen, überhaupt willens und in der Lage ist, mit den Problemen und Risiken der Kernenergiewirtschaft fertig zu werden?

Diese Risiken betreffen uns alle, nicht nur die unmittelbaren Anrainer von Kernenergie-Anlagen, und sie betreffen auch noch unsere Kinder und Kindeskinde. Eine geradezu makabre Verzerrung der wirklichen Interessen liegt deshalb vor, wenn die Öffentlichkeit nur noch bei der Entscheidung über Standortfragen beteiligt wird, und auch dann nur noch örtlich stark begrenzt.

berechtigt, wie Recht und Gesetz nicht nur durch einzelne Großkonzerne zugunsten partikulärer Interessen sehr einseitig in Anspruch genommen und mit Unterstützung staatlicher Gewaltmittel durchgesetzt werden.

Nicht zuletzt ist dies eine Frage der Verantwortung in der Demokratie. Ich habe Wissenschaftler aus dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung sagen hören: „Wir leben in einer Staatsform, in der politische Entscheidungen durch die vom Volke dazu bestimmten Vertreter getroffen werden. Deren Entscheidung ist Gesetz und muß — notfalls mit den Mitteln staatlicher Gewalt — durchgesetzt werden. Man kann dann nicht mehr lange diskutieren.“ Wo es um Gewissensfragen geht, ist eine solche Haltung bedenklich,

## Auf Jahrhunderte belastet

In Kernreaktoren werden heute Hunderte von gefährlichen Radionukliden künstlich erzeugt, darunter tonnenweise Plutonium. Dadurch werden alle kommenden Generationen auf Jahrtausende mit schwersten Gefahren und Risiken belastet. Wer sich, als Politiker oder als Techniker, daran beteiligt und wer dabei sein Gewissen beschwichtigt, indem er sich auf die abstrakte Verantwortung einer politischen Führung beruft, der unterscheidet sich in nichts von den Wissenschaftlern und Technikern, die noch vor kaum vierzig Jahren in diesem Lande Zyklonolgas herstellten und die Verantwortung für seine Anwendung ebenfalls der politischen Führung überließen. Daß das Zyklonolgas gezielt gegen definierte Minderheiten eingesetzt wurde, während durch Radioisotope eine ungezielte Kollektiv-Schädigung entsteht, macht dabei ebensowenig einen Unterschied wie der Umstand, daß politische Entscheidungen heute nicht mehr vom einzelnen zu verantworten sind, sondern von gewählten Gremien — in denen freilich die Gefahr nur allzu groß ist, daß individuelle Verantwortung durch kollektive Verantwortungslosigkeit verdrängt wird. So kann der Widerstand gegen politische Entscheidungen geradezu zur Gewissenspflicht werden. Und dies kann sogar selbst für Beamte gelten. Es gehört zu unseren unter vielen Opfern erkämpften freiheitlichen Errungenschaften, daß ein Beamter durch seinen Amtseid nicht mehr zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet wird, sondern dazu, „Schaden abzuwenden“. Und, ich wiederhole, die nach dem Kriege geführte Diskussion über politische Verantwortung und Widerstand hätte keinen Sinn gehabt, wenn sie sich nicht an einer Frage wie dieser bewährte.



Ulrich Uffrecht

Stader Tageblatt

vom 23. 11. 76